

az-Interview Dr. Claudia Döring, Deutscher Raiffeisenverband (DRV)

## „Risiken bestehen permanent“

Die EU-Kommission will Spuren von nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) bis zu einer Konzentration von 0,1 Prozent tolerieren. Für Claudia Döring, Gentechnik-Expertin beim Deutschen Raiffeisenverband (DRV), ist der Vorschlag ein Schritt in die richtige Richtung.

**agrarzeitung:** *Bringt die technische Lösung für GVO-Spuren den erhofften Durchbruch für die Futtermittelbranche?*

**Döring:** Nein. Die Maßnahmen sind allenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Erste Berechnungen zeigen, dass rund ein Drittel der gentechnisch veränderten Maislinien, für die bereits ein Efsa-Antrag auf Zulassung vorliegt, nicht von der geplanten Lösung erfasst würden. Hier sehen wir Optimierungsbedarf.

**Warum ist es so schwierig, gleichzeitig auch eine technische Lösung für Lebensmittel und Saatgut einzuführen?**

**Döring:** Die Funde nicht-zugelassener Leinsaat in Lebensmitteln und die wiederholten Nachweise

von GVO in Saatgut haben deutlich gemacht, dass auch für diese Bereiche eine Lösung zwingend erforderlich ist. Dies politisch durchzusetzen, fehlt offensichtlich der Mut, da Lebensmittel und Saatgut innerhalb der Gentechnik-Diskussion als besonders sensible Bereiche wahrgenommen werden.

**Wann können die neuen Regeln in Kraft treten?**

**Döring:** Das lässt sich noch nicht abschätzen. Zunächst steht am 15. November eine Diskussion des Vorschlages im zuständigen Regelungsausschuss an. Ob hier eine qualifizierte Mehrheit für den Vorschlag zustande kommt und wie sich Deutschland hierzu positionieren wird, ist ungewiss.

**Rechnen Sie zuvor wieder mit Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Futtermittelimporten aus den USA?**

**Döring:** Schwierigkeiten und Risiken bestehen permanent. Im Augenblick ist das Risiko eines unerwünschten Spureneintrages des Smartstax-Maises besonders hoch, da dieser noch keine EU-Zulassung hat, in den USA aber be-



Foto: DRV

**Claudia Döring:**  
„Von dem Begriff GVO-frei müssen wir uns endgültig verabschieden.“

reits großflächig angebaut wurde. Auf Grund der weltweiten Entwicklungen der Grünen Gentechnik und der zunehmenden Globalisierung der Rohstoffströme wird uns mittel- bis langfristig auch eine technische Lösung nicht helfen, sondern nur ein genereller Toleranzwert für noch nicht zugelassene GVO. Der Anteil von GVO-Kul-

turen in Nord- und Südamerika liegt fast bei 90 Prozent.

**Wie beurteilen Sie die künftige Verfügbarkeit von GVO-freien Futtermitteln?**

**Döring:** Von dem Begriff „GVO-frei“ müssen wir uns endgültig verabschieden. Bei den Futtermittelrohstoffen, die in großem Umfang gentechnisch verändert angebaut werden, ist eine vollständige GVO-Freiheit nicht mehr realisierbar. Kennzeichnungsfreie Futtermittel dürfen daher zufällige oder technisch unvermeidbare GVO-Anteile bis 0,9 Prozent aufweisen. Tendenziell werden diese Futtermittel teurer, da die Trennung der Warenströme immer aufwendiger wird. Die Verfügbarkeit wird letztlich aber auch zu großen Teilen davon abhängen, ob ein praktikabler Umgang mit der Nulltoleranz-Regelung gefunden wird.

Die Fragen stellte Daphne Huber-Wagner

### Zur Person

Seit zehn Jahren verfolgt Claudia Döring beim Deutschen Raiffeisenverband (DRV) die Trends der Grünen Gentechnik. Die 44-Jährige betreut in der DRV-Zentrale in Berlin das Referat für Lebensmittelrecht. Die Landwirtin und promovierte Agraringenieurin ist in Arbeitsgruppen eine gefragte Gesprächspartnerin. da

### Abstimmung noch vor Jahresende

Am 15. November werden die EU-Mitgliedstaaten über eine technische Lösung für Spuren von gentechnisch veränderten Organismen im Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit in Brüssel diskutieren. Eine Abstimmung könnte im Ausschuss am 13. Dezember stattfinden. Die meisten EU-Mitgliedstaaten haben noch keine endgültige Positi-

on zum Vorschlag der EU-Kommission bezogen. An einer möglichst reibungslosen Einfuhr von Futtermitteln aus Nord- und Südamerika besteht großes Interesse. Deshalb könnten selbst Gentechnikgegner zustimmen. Sollte keine qualifizierte Mehrheit im Ausschuss zustande kommen, geht der Vorschlag an den Ministerrat. Mö